



Universität Hamburg

## **Die Regulierung der „grünen Gentechnik“ in den Medien**

### **Ergebnisse einer Inhaltsanalyse deutscher Qualitätszeitungen, Mai 2003 – April 2004**

Peter H. Feindt, Susanne Stirn, Daniela Kleinschmit  
unter Mitarbeit von Mathias Boysen

Forschungsschwerpunkt  
Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt (BIOGUM)  
Fachgruppe Landwirtschaft und Pflanzenzüchtung

Ohnhorststraße 18  
22609 Hamburg  
[www.biogum.uni-hamburg.de](http://www.biogum.uni-hamburg.de)

E-Mail: [phfeindt@botanik.uni-hamburg.de](mailto:phfeindt@botanik.uni-hamburg.de)  
[stirn@botanik.uni-hamburg.de](mailto:stirn@botanik.uni-hamburg.de)  
[dkrumla@gwdg.de](mailto:dkrumla@gwdg.de)

BIOGUM, Universität Hamburg  
Hamburg, Februar 2005

Gefördert vom BMBF unter FKZ 0312252 F.  
Peter H. Feindt, Nachwuchsgruppe „AgChange. Konflikte der Agrarwende“, gefördert vom BMBF im Programm „Sozial-ökologische Forschung“ unter FKZ 07 NGS 08.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>METHODE .....</b>	<b>5</b>
2.1	ZEITUNGS AUSWAHL .....	5
2.2	ARTIKELRECHERCHE .....	5
2.3	ARTIKELANALYSE .....	6
2.4	FORMULIERUNG DER „FRAMES“ .....	6
<b>3</b>	<b>ERGEBNISSE .....</b>	<b>7</b>
3.1	MEDIALER DISKURS IM ZEITVERLAUF.....	7
3.2	HÄUFIGKEIT DER SPRECHER:.....	8
3.3	HÄUFIGKEIT DER NENNUNG ALS PROBLEMVERURSACHER.....	10
3.4	HÄUFIGKEIT DER NENNUNG ALS PROBLEMOPFER .....	11
3.5	HÄUFIGKEIT DER NENNUNG ALS PROBLEMLÖSER .....	12
3.6	HÄUFIGKEIT DER VERWENDETEN “FRAMES“ .....	13
3.7	HÄUFIGKEIT DER VERWENDETEN KOLLEKTIVEN SYMBOLE .....	14
<b>4</b>	<b>DISKUSSION .....</b>	<b>14</b>
4.1	ZEITVERLAUF .....	14
4.2	SPRECHER.....	15
4.3	VERURSACHER .....	16
4.4	OPFER.....	18
4.5	PROBLEMLÖSER/HELPER .....	18
4.6	„FRAMES“ .....	19
4.7	KOLLEKTIVE SYMBOLE .....	23
4.8	AKTIVITÄT/PASSIVITÄT UND WERTIGKEIT DER AKTEURGRUPPEN .....	23
4.9	BEZUG ZU DEN ERGEBNISSEN DER VERBRAUCHER- UND EXPERTENBEFRAGUNGEN.....	24
<b>5</b>	<b>ZUSAMMENFASSUNG UND EINORDNUNG.....</b>	<b>25</b>
<b>6</b>	<b>LITERATUR .....</b>	<b>27</b>
<b>7</b>	<b>ANHANG .....</b>	<b>29</b>

## 1 Einleitung und Fragestellung

Innerhalb des BMBF-Verbundprojektes „Gesunde Lebensmittel aus transgener Rapssaat“ (NAPUS) wurde von Dipl.-Biol. Mathias Boysen und Prof. Dr. Volker Beusmann vom Forschungsschwerpunkt Biotechnik, Gesellschaft und Umwelt (FSP BIOGUM) eine sozio-ökonomische Abschätzung der Potenziale und möglichen Auswirkungen der vom Forschungsverbund angestrebten Produkte durchgeführt. Dabei wurden unter anderem die Erwartungen der am Projekt beteiligten Experten mit der Haltung der Verbraucher zu – noch theoretischen – Beispielprodukten aus gentechnisch veränderten Rapspflanzen verglichen (siehe Endbericht). Im Ergebnis wurden unterschiedliche Wahrnehmungen sichtbar:

1. Die mangelnde Akzeptanz der Verbraucher wurde in der projektinternen Befragung von den NAPUS-Projektbeteiligten als Hauptthemnis zur Verwirklichung der Ziele des Verbundprojektes eingestuft. Allerdings waren die Projektbeteiligten auch der Meinung, dass Produkte aus gentechnisch veränderten Pflanzen, die einen direkten Nutzen für die Verbraucher aufweisen, Akzeptanz erlangen könnten. Die Verbraucher in den Fokusgruppen zeigten dagegen überwiegend eine skeptische Haltung gegenüber dem Einsatz der Gentechnik auch bei Lebensmitteln, die einen gesundheitlichen Zusatznutzen bieten sollen, und nur eine kleine Gruppe äußerte unter bestimmten Bedingungen Interesse, Kauf- und Zahlungsbereitschaft.
2. Seitens der Projektbeteiligten wurde angenommen, die Wahrnehmung ökologischer Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen sei das Hauptmotiv für ablehnende Haltungen. In den von BIOGUM durchgeführten Fokusgruppen mit Verbrauchern war die Hauptbefürchtung der Teilnehmenden hingegen die Möglichkeit gesundheitlicher Risiken durch gentechnisch veränderte Lebensmittel. Dabei wurzelte die skeptische Haltung der Verbraucher gegenüber dem Gentechnikeinsatz bei Lebensmitteln unter anderem in einer generell skeptischen Einstellung gegenüber industrialisierten Formen der Lebensmittelherstellung; als Grund hierfür wurde vor allem die Berichterstattung über verschiedene Lebensmittelskandale (BSE, Nitrofen, etc.) in den Medien angegeben.

Dieser Befund deutet auf eine wichtige Rolle der Medien bei der Meinungsbildung zur „grünen Gentechnik“ hin. Dabei darf zwar nicht übersehen werden, dass nach Erkenntnissen der Medienwirkungsforschung die Medien einen Einfluss darauf haben, *worüber* die Menschen nachdenken, nicht aber, *was* sie denken (JÄCKEL 1999, S. 158ff.). Umso mehr ist es aber von Interesse, mit welchen Themen und Personen die „grüne Gentechnik“ in der medialen Berichterstattung verknüpft wird. Auch von den Projektbeteiligten wurde den Medien nach der Politik, Wissenschaft und Forschung sowie den Verbrauchern der größte Einfluss im Bereich der „grünen Gentechnik“ zugesprochen.

Dass Massenmedien Struktur und Inhalte der öffentlichen Meinungsbildung entscheidend prägen, ist heute kaum umstritten. Bei der zeitgenössischen Öffentlichkeit handelt es sich vor allem um eine „Medienöffentlichkeit“ (GERHARDS et al. 1998, S. 38). Da innerhalb des

Mediensystems der Presse trotz immer neuer Medientechnologien eine bedeutende Rolle in der Politikvermittlung und in der Wirkung auf den politischen Prozess zukommt (WILKE, 1998, S. 146), haben wir die Medienberichterstattung in den fünf großen überregionalen Zeitungen (*Die Welt*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sowie die *tageszeitung*) zur Regulierung der „grünen Gentechnik“ über ein Jahr verfolgt.

Neben der Erhebung des quantitativen Umfangs der Berichterstattung im Zeitablauf stand die Frage nach den Sprechern, Themen und Tendenzen im Vordergrund. Dazu wurden alle Artikel zur Regulation der „grünen Gentechnik“ daraufhin untersucht, welche Akteure als Sprecher erscheinen, welche Verursacher, Opfer oder Problemhelfer sie benennen und in welchen argumentativen Rahmen sie die Gentechnik und insbesondere deren Regulierung stellen („frame-Analyse“).

Die Analyse erfasst den Zeitraum vom 01.05.2003 bis zum 30.04.2004. Im Juli 2003 wurden die neuen EU-Verordnungen zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln (EG Nr. 1829/2003) sowie zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO (EG Nr. 1830/2003) verabschiedet. Im Vorfeld dieser Entscheidung war mit einer einschlägigen Berichterstattung zum Thema zu rechnen. Zusammen mit der überarbeiteten EU-Richtlinie über die absichtliche Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen (2001/18/EG) beendeten die neuen EU-Verordnungen das de-facto Moratorium bei der Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen in der EU. Außerdem machten sie eine Novellierung des Gentechnik-Gesetzes in Deutschland notwendig. Dadurch war eine deutliche Wiederbelebung und Zuspitzung der öffentlichen Debatte über den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und bei Lebensmitteln zu erwarten. Nachdem der Entwurf der Bundesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes Anfang April 2004 im Bundesrat an der Mehrheit der Unions-geführten Bundesländer scheiterte, wurde das neue, um die zustimmungspflichtigen Passagen gekürzte Gentechnik-Gesetz zwar erst im Juni 2004 vom Bundestag verabschiedet. Aufgrund der begrenzten Mittel konnte der Anfang 2004 festgelegte Analysezeitraum jedoch nicht entsprechend verlängert werden. Für die hier behandelten Forschungsfragen ist dies jedoch unproblematisch, weil sich aus den vorliegenden Daten valide ableiten lässt, welche Sprecher, Themen und Tendenzen die öffentliche Meinung in den verschiedenen Zeitungen prägen. Für den Zeitraum Mai und Juni 2004 ist zu vermuten, dass sich die Berichterstattung stärker auf die gesetzgeberischen Prozesse und ihre Akteure sowie die engagierten Verbände konzentriert.

## 2 Methode

### 2.1 Zeitungsauswahl

Zur Rekonstruktion des Mediendiskurses über die Regulierung der „grünen Gentechnik“ wurden Artikel aus den fünf überregionalen deutschen Tageszeitungen herangezogen: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, *Frankfurter Rundschau (FR)*, *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, die *tageszeitung (taz)* und *Die Welt (Welt)*. Diese Zeitungen sind trotz ihrer teilweise regionalen Verbreitungsschwerpunkte in ihrer Gesamtverbreitung, dem Umfang der Berichterstattung, der Themenwahl und der Auflagenstärke von bundesweiter Relevanz. Bis auf die *tageszeitung* erreichen die ausgewählten Zeitungen über die Masse der Leser hinaus noch zwei weitere Publikumsgruppen. Zum einen werden sie von anderen Medien und Journalisten wahrgenommen, die ihre Themen aufgreifen (KEPPLINGER, 1994). Damit strahlen die Inhalte auf eine erweiterte Massenmedienarena ab (GERHARDS et al., 1998, S. 191). Zum anderen werden sie von politischen Entscheidungsträgern, wie z.B. von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages rezipiert, weshalb ihnen eine zentrale Stellung im politischen Prozess zugesprochen wird (WITTKÄMPER et al., 1992; HERZOG et al., 1990). Insgesamt decken die ausgewählten Tageszeitungen das politische Spektrum der deutschen Tagespresse ab (WILKE, 1996, S. 395).

### 2.2 Artikelrecherche

Bei *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung* sowie *tageszeitung* wurden CDs mit den Artikeln der vorangegangenen Jahre bezogen. Die Artikel aus dem laufenden Jahr 2004 konnten nach Registrierung jeweils online recherchiert werden. Das Archiv der *Welt* stand kostenfrei online zur Verfügung.

Die *Frankfurter Rundschau* stellte eine CD ihrer Artikel aus dem Jahr 2003 in Aussicht. Diese war im Juni 2004 immer noch nicht verfügbar, darum wurden die Artikel der FR online recherchiert. Die online-Recherche führte allerdings nur zu ca. einem Drittel der in gedruckter Form erschienenen Artikel. Aus forschungsökonomischen Gründen musste jedoch auf eine Vollerhebung mittels manueller Durchsicht des gesamten Jahrgangs im Pressearchiv verzichtet werden.

Der für die elektronische Artikelsuche verwendete Suchbegriff war „gentech“. Damit wurden sowohl die Begriffe „gentechnisch“ als auch „Gentechnik“ erfasst. Kontrollversuche mit dem Suchbegriff „genman“ im taz-Archiv führten zu keinen weiteren Artikeln. Nur Artikel, die die „grüne Gentechnik“ – im Gegensatz zur „roten Gentechnik“ – behandeln, wurden ausgedruckt. Analysiert wurden diejenigen Artikel, die mindestens einen Absatz zur Regulation der „grünen Gentechnik“ enthalten. Dabei umfasst der Begriff „Regulation“ nicht nur die Gesetzgebung im engeren Sinne, sondern auch Forschung zu und Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen (diese unterliegen einer Genehmigungspflicht) sowie Protestereignisse, wenn diese sich auf die Zulassung oder Verwendung gentechnisch veränderter Pflanzen beziehen.

### **2.3 Artikelanalyse**

Alle aufgefundenen Artikel wurden einer Analyse ihrer formalen Merkmale (Datum, Ressort, Seite, Autor etc.) sowie einer qualitativ-quantitativen Inhaltsanalyse unterzogen. Dabei wurde ein von Dr. Daniela Kleinschmit und Dr. Peter H. Feindt im Rahmen einer Medienanalyse zur BSE-Krise und zur „Agrarwende“ beim FSP BIOGUM weiterentwickeltes Kategoriensystem (nach Krumland 2004) zugrunde gelegt (Kleinschmit/Feindt, 2004). Es ist in verschiedene Kategoriengruppen unterteilt. Für die hier vorliegende Analyse wurden die Hauptkategorien „Sprecher“, „Problemverursacher“, „Problemopfer“ sowie „Problemlöser/Helfer“ erhoben. Mit der ersten Kategorie lässt sich erfassen, wer in den Medien zu Wort kommt und damit die Chance erhält, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die übrigen drei Kategorien gehen auf die Erforschung von Mobilisierungsprozessen Neuer Sozialer Bewegungen zurück (WILSON, 1973; SNOW ET AL., 1986; GERHARDS/NEIDHARDT/RUCHT 1998). Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass politische Probleme in der Regel nur dann zu einer Mobilisierung der Öffentlichkeit führen, wenn es erkennbare Opfer gibt, mit denen das Publikum sympathisiert, wenn konkrete Problemverursacher benannt werden können, und wenn es Akteure gibt, die glaubhaft eine Problemlösung versprechen können.

Die vier genannten Hauptkategorien sind jeweils sektoral und räumlich unterteilt: Sektoral wird in „Staat und Politik“, „Verbände“, „Wirtschaft“, „Wissenschaft“, „Medien“ sowie „andere Einzelakteure“ unterschieden (insgesamt 50 Kategorien). Räumlich wird jeweils nach Bundes-, Landes-, Kommunal-, europäischer und internationaler Ebene unterschieden. Die Kategorien „Natur“, „Gesellschaft“ und „Keine“ werden nicht für die Variable „Sprecher“ vergeben, da diese abstrakten Entitäten keine Aussage treffen können.

Jede einzelne Aussage, die sich auf die Gentechnikregulation bezieht, wurde codiert. Die Codiereinheit ist somit der Sprechakt, also die verbale Äußerung eines Akteurs, der im Artikel zu Wort kommen. Der Akteur, der die Aussage trifft, kann direkt (durch Zitate) oder indirekt (durch referierte Äußerungen) zu Wort kommen. Aussagen, die nicht direkt oder indirekt einem Sprecher zugeordnet werden konnten, wurden den Medien als Sprecher zugeordnet. Dies ist beispielsweise bei thematischen Einordnungen und Überleitungen, aber auch bei Kommentaren der Fall.

In einem Artikel können mehrere Aussagen codiert werden. Einzelne Aussagen können auch mehreren Sprechern zugeordnet werden (zum Beispiel: „Umweltverbände und Vertreter des Verbraucherschutzes / die Ministerin und ihre europäischen Amtskollegen zeigen sich besorgt ...“). Ebenso können in einem Sprechakt mehrere Problemverursacher, Problemopfer oder Problemlöser benannt sein.

### **2.4 Formulierung der „frames“**

Die „frames“ wurden in einem zweistufigen Verfahren formuliert. Zunächst wurden Artikel der fünf Zeitungen stichprobenartig daraufhin untersucht, welche argumentativen Rahmungen („frames“) und kollektiven Symbole verwendet werden. Die Äußerungen wurden dann unter

Oberbegriffen wie „Gesundheit“ oder „Wahlfreiheit der Konsumenten“ subsumiert und diese Oberbegriffe in das Kategoriensystem aufgenommen. Dann wurden die gegensätzlichen Positionen zu jedem der Themen formuliert. Wird zum Beispiel das Thema „Koexistenz“ angesprochen, kann dies von den Akteuren sowohl „positiv“ verwendet werden (Koexistenz ist möglich) als auch „negativ“ (Koexistenz ist [grundsätzlich] nicht möglich). Die Strukturierung der Themen wie die Formulierung der kontroversen Positionen wurden in einem rekursiven Verfahren in Auseinandersetzung mit dem Material mehrfach nach den Kriterien der Vollständigkeit, Eindeutigkeit und Trennschärfe überarbeitet. Die Liste der „frames“ befindet sich im Anhang, Tabelle 8.

Die stichprobenartige Sichtung der Artikel führte auch zu einer Sammlung häufig verwendeter „kollektiver Symbole“. Darunter sind bildhafte Begriffe zu verstehen, die bei einem Großteil der Bevölkerung dieselben Assoziationen hervorrufen. Beispielhaft sei hier „Frankenfood“ genannt, eine Wortschöpfung, die Assoziationen zu Frankensteins Monster aus dem Roman von Mary W. Shelley wecken soll, das von einem ‚verrückten Wissenschaftler‘ in die Welt gesetzt wird, dann aber dessen Kontrolle entgleitet. Die Liste der kollektiven Symbole befindet sich in Tabelle 6.

### 3 Ergebnisse

#### 3.1 Medialer Diskurs im Zeitverlauf

Im Zeitraum vom 01.05.03 bis 30.04.04 enthielten insgesamt 547 Artikel mindestens einen Absatz zur Regulation der „grünen Gentechnik“. Die Verteilung im Zeitablauf ist in Abb.1 für die fünf untersuchten Zeitungen dargestellt:

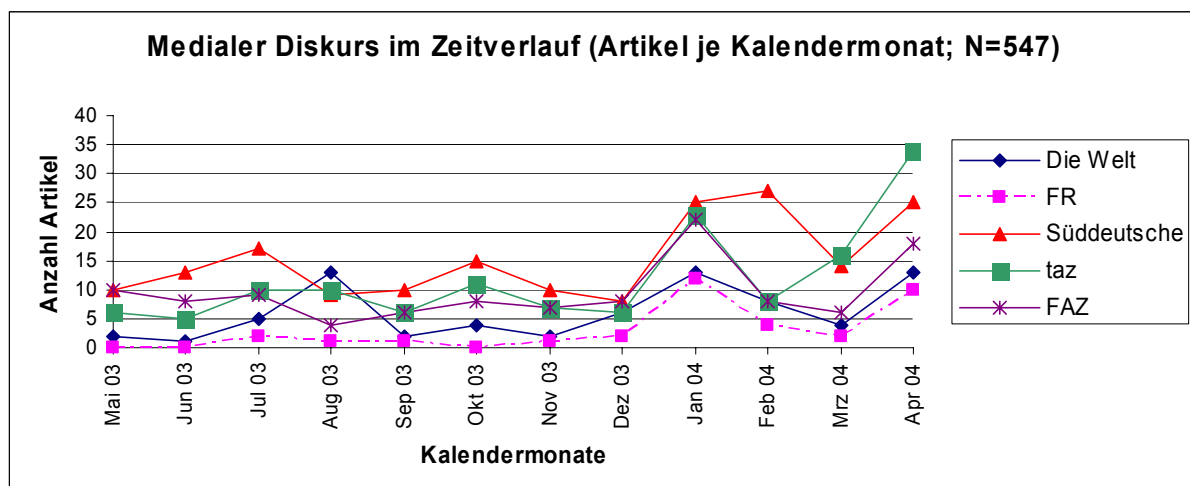


Abb. 1: Anzahl der Artikel zur Regulation der Gentechnik in allen fünf untersuchten Zeitungen

### **3.2 Häufigkeit der Sprecher:**

In einer ersten Häufigkeitsabfrage wurde ermittelt, welche Sprecher im untersuchten Zeitraum zur Gentechnikregulation zu Wort kamen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 1 dargestellt.

Mit 36,6 % (643 Äußerungen) bilden Akteure aus Staat und Politik den größten Anteil der Sprecher, vor Verbänden (22,8 %, 400 Äußerungen) und Medien (20,6 %, 362 Äußerungen). Innerhalb der Sprecher aus Staat und Politik halten sich deutsche Amtsinhaber (196 Sprechakte) und politische Entscheidungsträger der EU (203 Sprechakte) die Waage. Bei den politischen Entscheidungsträgern in der EU ist es vor allem die EU-Kommission, die zitiert wird (76 Sprechakte). Bei den internationalen Entscheidungsträgern ist die hohe Anzahl von Äußerungen der USA (70 Sprechakte) auffällig.

Innerhalb der Verbände sind es mit großer Mehrheit die Umwelt- und Naturschutzverbände, die sich zur Regelung der „grünen Gentechnik“ äußern (155 Äußerungen, 8,8 %).

Äußerungen von Vertretern landwirtschaftlicher Verbände und Verbraucherschutzverbänden folgen mit Abstand (119 bzw. 49 Sprechakte; 6,8 % bzw. 2,8 %). Innerhalb der landwirtschaftlichen Verbände sind es vor allem Vertreter kleinerer, oft ökologisch ausgerichteter Verbände, die zu Wort kommen; für den Deutschen Bauernverband sind nur 31 Äußerungen (1,8 %) registriert.

Nach den Medien folgt die Gruppe der Einzelakteure mit 123 Äußerungen. Mehr als die Hälfte davon stammt von Einzelpersonen aus der Landwirtschaft (67 Äußerungen), darunter wiederum 22 Äußerungen von ökologisch wirtschaftenden Landwirten.

Im Bereich Wirtschaft (96 Äußerungen, 5,5 %) sind Akteure aus der Gentechnikindustrie mit 46 Äußerungen (2,6 %) am häufigsten vertreten. Aus dem Bereich der Wissenschaft kommen 79 Äußerungen (4,5%).



<b>Sprecher</b>	<b>Anzahl Nennungen</b>	<b>Prozent</b>
<b>Medien</b>	<b>362</b>	<b>20,6 %</b>
- Aussagen eigener Journalisten - Journalisten anderer Medien	350 12	
<b>Staat und Politik</b>	<b>643</b>	<b>36,6 %</b>
<b>Regierung in Deutschland</b>	<b>196</b>	
- Bundesregierung	131	
- Landesregierung	57	
- Kommunalregierung	8	
<b>Legislative in Deutschland</b>	<b>35</b>	
- Bund	24	
- Länder	11	
<b>Judikative</b>	<b>2</b>	
<b>Verwaltung in Deutschland</b>	<b>61</b>	
- Bund	44	
- Länder	17	
<b>Politische Entscheidungsträger EU</b>	<b>203</b>	
- EU-Kommission	76	
- EU-Parlament	37	
- Andere Europäische Regierungen	69	
- Sonstige	21	
<b>Verwaltung EU</b>	<b>6</b>	
<b>Politische Entscheidungsträger International</b>	<b>100</b>	
- USA	70	
- Entwicklungsländer	12	
- Sonstige nicht europäische Länder	18	
<b>Andere parteipolitische Akteure</b>	<b>40</b>	
- des Bundes	30	
- der Länder	10	
<b>Verbände</b>	<b>400</b>	<b>22,8 %</b>
<b>Landwirtschaftliche Verbände in Deutschland</b>	<b>119</b>	
- DBV	31	
- Verbände ökologischer Lebensmittel	17	
- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	2	
- Verbände der Landwirtschaft mit Gentechnik	8	
- Andere landwirtschaftliche Verbände	61	
<b>Andere Verbände in Deutschland</b>	<b>274</b>	
- Umwelt- und Naturschutzverbände	155	
- Verbraucherverbände	49	
- Andere Wirtschaftsverbände	20	
- Andere Verbände	50	
<b>Internationale Organisationen</b>	<b>7</b>	
<b>Wissenschaft</b>	<b>79</b>	<b>4,5 %</b>
<b>Wirtschaft</b>	<b>96</b>	<b>5,5 %</b>
- Gentechnikindustrie	46	
- Lebensmitteleinzelhandel	13	
- Lebensmittelindustrie	11	
- Futtermittelindustrie	2	
- Andere einzelne Wirtschaftsbetriebe	24	
<b>Einzelakteure</b>	<b>123</b>	<b>7,0 %</b>
<b>Einzelpersonen aus der Landwirtschaft (LW)</b>	<b>67</b>	
- Einzelpersonen aus der ökologischen LW	22	
- Einzelpersonen aus der konventionellen LW	6	
- Einzelpersonen aus der LW mit Gentechnik	8	
- Einzelpersonen aus der LW (allgemein/nicht erkennbar)	21	
<b>Sonstige Einzelpersonen</b>	<b>56</b>	
<b>Sonstige</b>	<b>53</b>	<b>3,0 %</b>
<b>Summe</b>	<b>1756</b>	<b>100 %</b>

Tab. 1: Häufigkeit der Sprechakte in den fünf Zeitungen (FAZ, FR, Süddeutsche, taz, Welt)

### 3.3 Häufigkeit der Nennung als Problemverursacher

Ebenfalls durch Häufigkeitsabfragen in SPSS wurde ermittelt, welche Akteure von den Sprechern als Verursacher, Opfer bzw. Helfer eines von ihnen beschriebenen Problems/Konfliktes in Zusammenhang mit der Regulation der „grünen Gentechnik“ genannt wurden. Die Häufigkeit der Nennung der Akteure als Problemverursacher ist in Tabelle 11 im Anhang wiedergegeben. Die Tabelle 2 zeigt die Häufigkeit der Verteilung nach Akteursgruppen

<b>Verursacher</b>	<b>Anzahl der Nennungen</b>	<b>Prozent</b>
<i>Politik</i>	376	62,5 %
Politik, Deutschland	170	
Politik, EU	142	
Politik, international	64	
<i>Wirtschaft</i>	99	16,4 %
Wirtschaft mit Gentechnik	55	
Wirtschaft, andere	44	
<i>Landwirtschaft</i>	47	7,8 %
Landwirtschaft mit Gentechnik	34	
Landwirtschaft, andere	13	
<i>Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutzverbände</i>	28	4,7 %
<i>Wissenschaft</i>	15	2,5 %
<i>Sonstige</i>	37	6,2 %
Summe	602	100,0 %

Tab 2: Häufigkeit der Nennung als Problemverursacher, verteilt nach Akteursgruppen

### 3.4 Häufigkeit der Nennung als Problemopfer

Die Häufigkeit der Nennung der Akteure als Problemopfer nach Gruppen zeigt Tabelle 3. Tabelle 12 im Anhang zeigt die einzelnen Akteure in der Reihenfolge der Häufigkeit der Nennung.

Die Landwirtschaft allgemein, Verbraucher, Natur und die Gesellschaft allgemein werden am häufigsten als Opfer von Problemen genannt.

<b>Opfer</b>	<b>Anzahl der Nennungen</b>	<b>Prozent</b>
<i>Landwirtschaft</i>	125	34,2 %
Ökologische Landwirtschaft	33	
Landwirtschaft mit Gentechnik	15	
Landwirtschaft, andere	77	
<i>Politik</i>	60	16,4 %
Politik, Deutschland	15	
Politik, EU	14	
Entwicklungsländer	21	
USA	10	
<i>Verbraucher</i>	55	15,0 %
<i>Natur</i>	42	11,5 %
<i>Wirtschaft</i>	32	8,7%
Wirtschaft mit Gentechnik	13	
Wirtschaft, andere	19	
<i>Gesellschaft, allgemein</i>	28	7,7 %
<i>Wissenschaft</i>	10	2,7 %
<i>Sonstige</i>	14	3,8 %
Summe	366	100,0 %

Tab 3: Häufigkeit der Nennung als Problemopfer, verteilt nach Akteursgruppen

### 3.5 Häufigkeit der Nennung als Problemlöser

Die Häufigkeit der Nennung der Akteure als Problemlöser nach Gruppen ist in Tabelle 4 aufgeführt. Die Häufigkeit der Nennungen nach Einzelakteuren zeigt Tabelle 13 im Anhang. Hier sticht die sehr breite Streuung der Handlungserwartungen ins Auge. Auf den ersten Plätzen rangieren zwar der Bund, die Länder und die EU. Aber auch Verbraucher, Wissenschaft, verschiedenste Verbände und Wirtschaftsakteure, internationale Organisationen und diverse Behörden werden als Akteure genannt, die zur Bewältigung der Probleme beitragen können.

<b>Problemhelfer</b>	<b>Anzahl der Nennungen</b>	<b>Prozent</b>
<i>Politik</i>	554	55,1 %
Politik, Deutschland	285	
Politik, EU	189	
Politik, international	80	
<i>Landwirtschaft</i>	114	11,3 %
Landwirtschaft mit Gentechnik	16	
Landwirtschaft, andere	98	
<i>Wirtschaft</i>	112	11,1 %
Wirtschaft mit Gentechnik	44	
Wirtschaft, andere	68	
<i>Verbraucher/Gesellschaft allgemein</i>	75	7,5 %
<i>Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutzverbände</i>	56	5,6 %
<i>Wissenschaft</i>	47	4,7 %
<i>Sonstige</i>	47	4,7%
Summe	1005	100,0 %

Tab. 4: Häufigkeit der genannten Problemlöser/Helfer

### 3.6 Häufigkeit der verwendeten „frames“

In einer weiteren Abfrage wurde ermittelt, welche „frames“ (Rahmungen) von den Sprechern am häufigsten in Bezug auf die Regulation der Gentechnik verwendet wurden. Insgesamt wurden 1747 frames identifiziert, das entspricht etwas mehr als einem „frame“ pro Sprechakt. In einer Reihe von Aussagen wurden also offenbar mehrere Problemrahmungen angesprochen (zum Beispiel: „Diese beiden Pflanzenarten [Raps und Sonnenblumen] seien somit nicht koexistenzfähig, sagte der Münchner Jurist Michael Bihler. Er wies noch darauf hin, dass die möglichen Folgen für Imker im Regierungsentwurf [zum Gentechnikgesetz] überhaupt nicht berücksichtigt worden sind“. taz vom 16.03.04).

Das Ergebnis der Abfrage ist in Tab. 5 aufgeführt.

Thema des „frames“	„pro“ Gentechnik	„contra“ Gentechnik
Koexistenz	91 (möglich)	130 (ist nicht möglich)
Kennzeichnung	125 (reicht aus)	60 (reicht nicht aus)
Gentechnik-Moratorium (EU)	100 (negativ)	49 (positiv)
Gentechnik-Gesetzesentwurf (D)	94 (negativ)	88 (positiv)
Gentechnik-Akzeptanz	27 (wird steigen)	94 (ablehnend)
Umweltwirkung GVO	61 (positiv)	94 (negativ)
Gesundheitliche Wirkungen GVO	86 (positiv)	84 (negativ)
Wettbewerbsfähigkeit	53 (durch GT erhöht)	74 (durch GT verringert)
Wahlfreiheit Verbraucher	67 (durch GT erhöht)	30 (durch GT verringert)
Wahlfreiheit Produzenten	34 (durch GT erhöht)	65 (durch GT verringert)
Welthunger	55 (GT notwendig)	38 (GT nicht notwendig)
Forschungsstandort D	53 (GT notwendig)	17 (GT nicht notwendig)
Freihandel	22 (positiv)	12 (negativ)
Patentrecht	12 (positiv)	16 (negativ)
soziale Strukturen im ländlichen Raum	2 (GT gefährdet nicht)	14 (GT gefährdet)
Summe	825 (47,2 %)	922 (52,8 %)

Tab. 5: Von den Sprechern verwendete „frames“

### 3.7 Häufigkeit der verwendeten kollektiven Symbole

Neben den verwendeten Problemrahmungen dient vor allem die Verwendung kollektiver Symbole der Orientierung und Mobilisierung. Die Häufigkeit der verwendeten kollektiven Symbole zeigt Tabelle 6. Die Fallzahlen sind mit wenigen Ausnahmen sehr gering.

Kollektive Symbole	Häufigkeit der Nennung	Prozent
Gentomate/Gen-Mais	148	61,2 %
Krieg auf den Dörfern	22	9,1 %
Innovationsoffensive / Biotechnologie-Offensive	13	5,4 %
Arbeitsplätze	9	3,7 %
Gendetektiv/ Augen auf – Hände weg	8	3,3 %
„Frankenfood“	7	2,9 %
Gläserne Produktionskette	7	2,9 %
„Trojanisches Pferd“	4	1,7 %
Agrarwende	4	1,7 %
Agrarlobby	3	1,2 %
Nachhaltigkeit	3	1,2 %
Sonstige <sup>1</sup>	14	5,8 %
Summe	242	100,0 %

Tab. 6: Häufigkeit der verwendeten kollektiven Symbole

## 4 Diskussion

### 4.1 Zeitverlauf

Im Zeitraum vom 01.05.2003 bis 30.04.2004 sind in den überregionalen deutschen Qualitätszeitungen insgesamt 547 Artikel erschienen, die mindestens in einem Absatz auf die Regulation der „grünen Gentechnik“ eingehen. Davon sind in der SZ 183 Artikel, in der taz 142 Artikel, in der FAZ 114 Artikel und in der *Welt* 73 Artikel veröffentlicht worden. In der FR konnten 35 Artikel online gefunden werden, dies spiegelt aber in etwa nur ein Drittel der in gedruckter Form erschienenen Artikel wider (siehe Abschnitt 2.2).

Während des gesamten Analysezeitraums ist das Thema „Regulation der Gentechnik“ in den deutschen Qualitätszeitungen präsent (vgl. Abb. 1). Die sehr geringen Fallzahlen in der FR bis Dezember 2003 sind vermutlich auf die lückenhafte elektronische Dokumentation zurückzuführen.

<sup>1</sup> Als weitere kollektive Symbole mit jeweils 1 oder 2 Nennungen wurden erfasst: „Manna from hell“, Blühende Landschaften im Osten, Tote Kühe, Bauernhof/Familienbetrieb, Agrarfabrik, Kulturlandschaft, Direktvermarkterin, Reinheitsgebot, Existenzgefährdung, Fast Food, Ökokost sowie Revolution.

Sieht man sich die Anzahl der erschienenen Artikel in den einzelnen Monaten an, so wird durch die Häufigkeitsverteilung in etwa die Chronologie der Ereignisse (s. Anhang 3) widerspiegelt: Einen ersten Aufschwung nimmt das Thema im Juli 2003 mit der Verabschiedung der neuen EU-Verordnungen zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sowie zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO. Die erneute Intensivierung der Berichterstattung im Oktober 2003 stimmt zeitlich mit der Veröffentlichung der ambivalenten Ergebnisse der dreijährigen britischen Anbaustudie und der Veröffentlichung der EU-Verordnungen überein. Zu einem starken Anstieg in der Anzahl der Artikel kommt es vor allem im Januar und im April 2004. Dies korreliert mit der Vorlage des Entwurfs der Bundesregierung zur Novellierung des Gentechnikgesetzes und mit der traditionellen „Grünen Woche“ in Berlin im Januar 2004 bzw. mit dem Inkrafttreten der EU-Verordnungen (hier vor allem neue Kennzeichnungsvorschriften) sowie mit dem Streit um das deutsche GenTG und dessen Ablehnung im Bundesrat im April.

Auffällig ist, dass fast für den gesamten Beobachtungszeitraum eine Korrelation zwischen der Positionierung der Zeitungen im Rechts-Links-Spektrum (vgl. dazu WILKE, 1996, S. 395) und der Intensität der Berichterstattung zu finden ist. Das Muster lautet: Je weiter links, desto stärker wird die „grüne Gentechnik“ thematisiert. Zwei Ausnahmen sind auffällig: Die Spitzenposition der *WELT* im August 2003 ist vor allem auf die Klage vor der WTO sowie die EU-Kennzeichnungsverordnung zurückzuführen, und die der *Süddeutsche Zeitung* im Februar 2004 insbesondere auf die Diskussion um Haftungsregelungen im Gentechnikgesetzesentwurf, den Erprobungsanbau in Sachsen-Anhalt sowie zu gentechnikfreien Zonen.

Der überdurchschnittliche Anstieg der Artikel in der taz ab April 2004 beruht darauf, dass sie der „grünen Gentechnik“ als ein von ihr identifiziertes Zukunftsthema eine eigene Serie widmet (17.04.2004, S.3). Der Anstieg der Berichterstattung in der SZ ist nicht einem einzigen großen Thema zuzuschreiben. Es geht hier sowohl um die Novellierung des GenTG als auch um Kennzeichnungsregelungen.

Insgesamt gesehen scheint der starke Anstieg in der Berichterstattung ab Januar 2004 die stärkere Präsenz der Diskussion um die nationale, deutsche Gentechnik-Regelung widerzuspiegeln. Die EU-weiten Kennzeichnungs- und Rückverfolgbarkeitsregelungen werden zwar auch kontrovers diskutiert, geben aber offenbar weniger Anlass zur Berichterstattung.

#### **4.2 Sprecher**

Insgesamt fällt die breite Streuung der Akteure auf, die zu Wort kommen. Im Vergleich zur BSE-Berichterstattung mit der bei Krisen typischen Aufmerksamkeit für die Akteure der hoheitlichen Gefahrenabwehr (KLEINSCHMIT/FEINDT 2004) ist der Anteil von Sprechern aus dem Zentrum des politischen Systems deutlich geringer. Bemerkenswert ist, dass Vertreter der europäischen und internationalen Politik fast ebenso häufig zu Wort kommen wie

deutsche Politiker und Amtsinhaber. Dies spiegelt die starke internationale Einbindung der Regulation der „grünen Gentechnik“ wider. Mit der BSE-Berichterstattung vergleichbar ist der Anteil der Medien von etwa einem Fünftel aller Sprechakte. Verbände und Einzelpersonen als Akteure der Zivilgesellschaft stellen zusammen knapp 30% der Sprecher, die Wirtschaft 5,5% und die Wissenschaft 4,5%. Zusammen kommen die nichtstaatlichen Akteure (ohne Medien) damit auf mehr Sprechakte als die Akteure des politischen Zentrums. In deutschen Qualitätszeitungen wird über die „grüne Gentechnik“ also nicht nur als Gegenstand der Politik, sondern stärker noch im Spiegel von Äußerungen gesellschaftlicher Akteure – als gesellschaftliche Debatte – berichtet.

In der Berichterstattung über die gesellschaftliche Diskussion kommen vor allem vier Gruppen von Akteuren zu Wort. Blendet man die Sprechakte der Akteure des politischen Zentrums und der Medien aus, bringen es Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutzverbände auf knapp 30% der verbleibenden Sprechakte (11,7% aller Sprechakte), Personen und Verbände aus der Landwirtschaft auf ein gutes Viertel (10,6% bezogen auf alle Sprechakte), Akteure der Wirtschaft und ihre Verbände auf ein Sechstel (6,6% aller Sprechakte) sowie die Wissenschaft auf ein Neuntel (4,5% aller Sprechakte). Nicht-deutsche Verbände und Einzelpersonen kommen so gut wie gar nicht zu Wort. Der Lebensmitteleinzelhandel und die Lebensmittelindustrie, die weithin als Schlüsselakteure für die Nutzung der „grünen Gentechnik“ gelten, verhalten sich mit zusammen gerade 1,4 % Anteil an allen Äußerungen eher abwartend. Bei dieser Interpretation gehen wir davon aus, dass Äußerungen dieser Akteure zum Thema „grüne Gentechnik“ hohen Nachrichtenwert hätten und es daher unwahrscheinlich ist, dass die Redaktionen nicht darüber berichtet haben.

Schlüsselt man die Äußerungen der Exekutive in Deutschland nach Parteizugehörigkeit der Sprecher auf, so entfallen 82 Äußerungen auf Politiker von Bündnis 90/ Die Grünen, 22 Äußerungen auf Politiker der SPD und 13 auf Politiker der CDU. Darin spiegeln sich zum einen vermutlich die Zuständigkeiten der Ressorts – das grün geführte BMVEL war federführend bei der Erstellung des Gesetzentwurfs. Zum anderen kann der Befund als Beleg dafür gelten, dass die Regulation der „grünen Gentechnik“ ein Hauptthema von Bündnis 90/ Die Grünen ist und der Koalitionspartner SPD sich auf diesem Gebiet eher zurückhaltend äußert.

### **4.3 Verursacher**

Durchschnittlich werden 1,1 Problemverursacher je Artikel genannt. Mehr als jeder dritte Sprechakt enthält Aussagen über Problemverursacher. Dabei zeigt sich insgesamt eine deutliche Politisierung der Probleme. 54,5 % aller Nennungen von Problemverursachern beziehen sich auf Akteure aus Staat und Politik. Unter diesen kommen die EU und die EU-Kommission auf 20 %, Bund und Länder auf 19 % und die USA auf 8 %. 14,3% der Nennungen von Problemverursachern beziehen sich auf Industrie und Landwirtschaft, die



Gentechnik einsetzen, 4,5% auf Umwelt- und Naturschutzverbände und 2,5 % auf die Wissenschaft. Die verbleibenden 24,2 % streuen stark.

Bei der Nennung der „Bundesregierung“ als Problemverursacher überwiegt die nicht nach Parteizugehörigkeit differenzierte Zuweisung (47 Nennungen) (z.B. „Der Deutsche Bauernverband warf der Bundesregierung Handlungsunfähigkeit ... vor.“ SZ 24.10.03) vor der Nennung von Bündnis 90/ Die Grünen (17 Nennungen) bzw. der SPD (9 Nennungen) als Verursacher.

Die Nennungen der EU als Problemverursacher resultieren aus mehreren Themenkomplexen:

- Die EU-Kommission wird vor allem dafür verantwortlich gemacht, dass es keine EU-weit einheitliche Regelung zur Koexistenz gibt („Schwarzer Peter für die Mitgliedsländer. EU-Kommission gibt nur vage Empfehlungen für ein Nebeneinander von genetisch veränderten und anderen Organismen“, taz 24.07.03).
- Zudem waren im Herbst 2003 die Grenzwerte für unbeabsichtigte Beimischungen im Saatgut ein Thema, bei dem die EU als Problemverursacher benannt wurde („Wie viel Verunreinigung darf's sein? Die EU-Kommission will bis zu 0,7 % genveränderte Verunreinigung im Saatgut erlauben.“ taz, 30.09.03).
- Bei den Äußerungen, bei denen die EU als Verursacher genannt wurde, kommt auch klar die empfundene und tatsächliche Abhängigkeit von den Entscheidungen auf EU-Ebene zum Ausdruck („Europas Politiker haben die Schleusen für solche [gentechnisch veränderten Lebensmittel] geöffnet.“, SZ 21.05.04).
- Die EU wird durch ihr de-facto Moratorium bei der Zulassung gentechnisch veränderter Organismen zudem als Verursacher von Handelshemmnissen gesehen („Bush greift EU wegen Gen-Nahrungsmitteln an“, FAZ 25.06.03) und dafür verantwortlich gemacht, dass die Bevölkerung in Entwicklungsländern nicht die Vorteile gentechnisch veränderter Pflanzen nutzen kann („George W. Bush wirft den Europäern vor, den Hunger in Afrika zu schüren, weil sie sich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel sperren.“, FAZ 14.06.03).

Die Präsenz der USA als Problemverursacher im Bereich der Gentechnikregulierung lässt sich wiederum auf die Klage der USA gegen die EU vor der WTO zurückführen („Diktieren die USA auch was wir essen?“, SZ 23.06.03).

#### **4.4 Opfer**

Im Durchschnitt lassen sich in je drei Artikeln nur zwei Aussagen zu Opfern finden. Insgesamt enthalten ca. 22% aller Sprechakte Aussagen über Opfer. Diese Aussagen sind dabei ganz überwiegend sehr allgemein. Auffällig ist, dass vor allem die Landwirtschaft allgemein als Opfer genannt wird, deutlich seltener die ökologische Landwirtschaft. Daneben erscheinen vor allem Verbraucher, Natur und Gesellschaft als Problemopfer, seltener die Entwicklungsländer sowie Industrie und Landwirte, die Gentechnik einsetzen.

Verbraucher, Natur und Gesellschaft werden vor allem von den Medien, den Verbänden (Umwelt- und Naturschutz sowie landwirtschaftliche Verbände) und Einzelpersonen (vor allem aus der ökologischen Landwirtschaft) als Opfer genannt. Dies dürfte Befürchtungen widerspiegeln, dass der Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft zu tief greifenden Veränderungen der heutigen Formen der Landwirtschaft führen wird, mit direkten, negativen Folgen für die Landwirte („Die Ökobauern sagen, wenn das [die Gentechnik] kommt, ist das unser Ende.“, taz, 05.04.04), die Verbraucher („Gentechnik muss erkennbar sein. Schluss mit der Entmündigung der Verbraucher.“, FR 02.07.03) und die Natur („Britische Großstudie: Herbizidfeste Rüben und Raps schaden Umwelt.“, taz, 17.10.03). Die Darstellung der Verbraucher/der Gesellschaft als Opfer soll in vielen Fällen die Öffentlichkeit mobilisieren, als dringend erachtete politische Lösungen einzufordern. Die Wirkung der insgesamt sehr unspezifischen Benennung von Opfern ist unter dem Gesichtspunkt der politischen Mobilisierung jedoch ambivalent. Auf der einen Seite können die Vorstellungen über mögliche oder tatsächliche Problemopfer zu unklar sein, um zu mobilisieren, auf der anderen Seite lässt gerade die Allgemeinheit der Opferkategorien Raum für diffuse Ängste.

#### **4.5 Problemlöser/Helfer**

In der Nennung als Problemlöser kommen Handlungserwartungen bzw. -versprechen zum Ausdruck. Knapp 60 % aller Sprechakte benennen Problemlöser – deutlich mehr als Problemopfer und Problemverursacher. Die Rolle des Problemlösers/Helfers kann eine eindeutig positive Wirkung auf die politische Positionierung eines Akteurs mit sich bringen. Helfer sind sowohl diejenigen, die Lösungsvorschläge unterbreiten und somit ihre Kompetenz darstellen, als auch diejenigen, die mit dem Einsatz bestimmter Instrumente das Problem gelöst haben.

Als Problemlöser im Bereich der Gentechnikregulation wird vor allem die Politik genannt. Dabei liegen die nationalen Entscheidungsträger (Bundesregierung und Landesregierung) mit 169 Nennungen (17,1 %) klar vor den Entscheidungsträgern in der EU (EU-Kommission und EU allgemein / nicht näher differenziert) mit 108 Nennungen (11,0 %). Als Beispiele können folgende Zitate dienen: „Künast fordert [von der EU] strenge Grenzwerte für Gentechnik im Saatgut“ (*Welt*, 24.10.03) bzw. „Dank der neuen [EU-]Kennzeichnung haben europäische Verbraucher und Bauern deutlich bessere Möglichkeiten sich bewusst für oder gegen gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermittel zu entscheiden.“ (FR, 15.04.04).

Aber auch dem Verbraucher/der Gesellschaft wird eine bedeutende Rolle als Problemlöser zugeschrieben (zusammen 75 Nennungen, 7,6 %) („Künast: Verbraucher können Gentechnik verhindern“, *Welt* 15.07.03). Die Wissenschaft, die Umwelt- und Naturschutzverbände sowie die Gentechnik-Industrie werden in etwa gleich häufig als Problemlöser genannt (jeweils ca. 4,6 %).

Die bereits angesprochene breite Streuung der Handlungserwartungen und -versprechen deutet darauf hin, dass die Vorstellungen über die Wirkungszusammenhänge entweder fälschlicherweise diffus oder zutreffenderweise komplex sind.

#### **4.6 „Frames“**

Die Auswertung zeigt, dass in der Berichterstattung über die „grüne Gentechnik“ in deutschen Qualitätszeitungen ein ganzes Dutzend von „frames“ stark vertreten ist. Dies lässt auf eine hohe diskursive Komplexität in der öffentlichen Diskussion des Themas schließen.

Die von den Sprechern am häufigsten benutzten Rahmungen beziehen sich auf „Koexistenz“ und „Kennzeichnung“. Dabei überwiegt bei den Sprechern die Meinung, dass eine Koexistenz, im Sinne eines Nebeneinanders von konventioneller und Landwirtschaft mit Gentechnik, in Deutschland nicht oder nur schwer möglich sei (130 Äußerungen zu 91 „Koexistenz ist möglich“). Im Falle der Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel wird dagegen in zwei Drittel der Äußerungen die Meinung vertreten, dass die durch die EU-Kennzeichnungsverordnung vorgegebenen Kennzeichnungsvorschriften ausreichend seien. Nur in einem Drittel der Fälle wird eine weitergehende Kennzeichnung, insbesondere von Lebensmitteln von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert worden sind, gefordert.

An dritter Position der genannten Rahmungen finden wir den „frame“ „Gentechnik-Moratorium“. Dieses wird in zwei Drittel der analysierten Äußerungen als negativ dargestellt. Hintergrund der Äußerungen ist oft, dass mit den neuen EU-Gesetzen zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen sowie zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit kein Grund zur Aufrechterhaltung des de facto-Moratoriums mehr bestehe.

Bei der darauf folgenden Problemrahmung „Akzeptanz“ fällt das große Übergewicht von gentechnik-skeptischen Äußerungen auf: Mehr als drei Viertel der Sprecher, die diesen „frame“ verwenden, verweisen auf die mangelnde Akzeptanz der Verbraucher. Dass der Umgang und die Vertrautheit mit gentechnisch veränderten Lebensmitteln die Akzeptanz der Verbraucher erhöhen wird, äußerten dagegen nur wenige.

Bei den Äußerungen, die das deutsche Gentechnik-Gesetz betreffen, halten sich „positive“ und „negative“ Positionen in etwa die Waage. Hier dürfte sich das journalistische Prinzip niederschlagen, nach Möglichkeit immer beide Seiten einer politischen Debatte zu Wort kommen zu lassen.

Interessant sind die Äußerungen der Sprecher, die sich mit gesundheitlichen bzw. Umweltwirkungen gentechnisch veränderter Organismen befassen. Während sich bei den

möglichen Auswirkungen gentechnisch veränderter Lebensmittel die positiven („Der Einsatz der Gentechnik kann gesundheitliche Vorteile bieten“) und die negativen Äußerungen („Der Einsatz der Gentechnik birgt gesundheitliche Risiken“) die Waage halten, überwiegen bei den Auswirkungen von GVOs auf die Umwelt deutlich die Aussagen über negative Effekte („Der Einsatz der Gentechnik hat negative Effekte auf die Umwelt“). Dies spiegelt in etwa den Stand der naturwissenschaftlichen Diskussion wider. Hier werden gesundheitliche Auswirkungen als weniger wahrscheinlich und durch die vorgeschriebenen Tests als erfassbar angesehen, während Auswirkungen auf die Umwelt als schwerer vorhersehbar und durch die Ergebnisse der 3-jährigen Feldversuche in England als wahrscheinlicher eingestuft werden (GM Science Review, 2004).

Bei den „frames“ zur Wahlfreiheit zeichnet sich ein interessantes Bild ab. Einerseits äußern sich zwei Drittel der Sprecher, die sich auf dieses Thema beziehen, dahin gehend, dass der Einsatz der Gentechnik die Wahlfreiheit der Verbraucher erhöht. Hier wird vor allem auf die Macht der Verbraucher verwiesen, mit ihrer Kaufentscheidung bewusst gentechnisch veränderte oder „gentechnikfreie“ Produkte zu wählen. In Bezug auf die Situation bei den Produzenten ist das Meinungsklima in etwa umgekehrt. Die Mehrzahl der Äußerungen zu diesem Thema geht dahin, dass der Einsatz der Gentechnik die Wahlfreiheit der Produzenten verringert. Dies hängt direkt mit der häufig bezweiferten Möglichkeit einer Koexistenz verschiedener Landwirtschaftsformen zusammen („Wenn erst einmal gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden, kann der ökologische Landbau nicht mehr gentechnikfrei produzieren“).

Betrachtet man sich das Gesamtbild, das sich aus der „frame“-Analyse ergibt, fällt zunächst auf, dass die drei am häufigsten verwendeten Themen zugleich wichtige Anlässe der Berichterstattung bilden:

- die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Koexistenz,
- die Hinlänglichkeit der Kennzeichnungsregeln und
- der Entwurf des Gentechnik-Gesetzes.

Mit der Sinnhaftigkeit einer Fortsetzung des Gentechnik-Moratoriums steht ein weiterer Anlass der Berichterstattung auf Platz sechs, und damit eine Rahmung, über die Positionen, aber nicht die zugrunde liegenden Prämissen vermittelt werden.

Die am stärksten in der Berichterstattung präsenten Themen mit argumentativem Charakter sind

- die gesundheitlichen Wirkungen von GVO,
- die Umweltwirkungen von GVO,
- der Beitrag der Gentechnik zur Wettbewerbsfähigkeit und
- die Frage der Akzeptanz der Gentechnik durch die Verbraucher.

Relativ häufig finden sich weiterhin Aussagen zur Wahlfreiheit der Produzenten und der Verbraucher, zum Potenzial der Gentechnik für die Überwindung des Welthungers und zur

Stärkung des Forschungsstandorts Deutschland. Relativ selten wurden Fragen des Freihandels, des Patentrechts und der Auswirkungen der Gentechnik auf die sozialen Strukturen im ländlichen Raum thematisiert.

Wie bereits angedeutet, ergeben sich deutlich unterschiedliche Profile zwischen den Themen, wenn man untersucht, welche von ihnen eher mit befürwortendem oder mit ablehnendem Tenor angesprochen werden. Nur bei zwei Themen halten sich positive und negative Äußerungen die Waage:

- Beurteilung des Entwurfs zur Novelle des Gentechnik-Gesetzes und
- gesundheitliche Wirkungen von GVO.

Überwiegend positive Aussagen im Sinne einer (möglichst wenig erschwerten) Nutzung der „grünen Gentechnik“ finden sich bei den Themen

- hinlängliche Kennzeichnung,
- Beendigung des Gentechnik-Moratoriums,
- Wahlfreiheit der Verbraucher,
- Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers und
- Stärkung des Forschungsstandorts.

Überwiegend ablehnende Aussagen finden sich bei den Themen

- (Un-) Möglichkeit der Koexistenz,
- fehlende Akzeptanz,
- Umweltwirkungen,
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Einsatz der Gentechnik,
- Wahlfreiheit der Produzenten sowie
- Gefährdung sozialer Strukturen im ländlichen Raum.

Zwischen den Zeitungen bestehen signifikante Unterschiede in der Tendenz und im Themenprofil. Während in der *WELT* 60 % und in der *FAZ* 64% der Rahmungen „pro“ Gentechnik sind, überwiegen in der *Süddeutschen Zeitung* (56%), in der *Frankfurter Rundschau* (58%) und in der *tageszeitung* (56%) die gentechnik-skeptischen „frames“.

Einige Besonderheiten im thematischen Profil der einzelnen Zeitungen werden sichtbar, wenn man die Themen ermittelt, deren Anteil an allen „frames“ in einer Zeitung um zwei Prozentpunkte oder mehr von den Anteilen dieses Themas im gesamten sample abweicht. Aufgrund der problematischen Datenlage gehen wir dabei nicht auf die *Frankfurter Rundschau* ein.

- In der *WELT* sind die Anteile der Themen Kennzeichnung, gesundheitliche Wirkungen und Wettbewerbsfähigkeit deutlich höher, der Anteil des Themas Koexistenz deutlich niedriger als im Durchschnitt aller Zeitungen. Es überwiegen dabei jeweils Rahmungen zugunsten einer Nutzung der Gentechnik.
- In der *FAZ* haben die Themen Welthunger und Forschungsstandort Deutschland deutlich höhere, die Themen Wahlfreiheit der Verbraucher und Wahlfreiheit der Produzenten

deutlich geringere Anteile als im gesamten sample. Bei allen vier Themen überwiegen Rahmungen „pro“ Gentechnik.

- In der Süddeutschen Zeitung ist der Anteil der Themen Gesundheitliche Wirkungen und Wettbewerbsfähigkeit besonders hoch. Bei letzterem überwiegt der gentechnik-skeptische „frame“ deutlich. Der Anteil der Themen Kennzeichnung, Gentechnik-Gesetzentwurf und Akzeptanz ist in der Süddeutschen Zeitung hingegen besonders niedrig.
- In der *tageszeitung* schließlich dominieren die Themen Koexistenz (19 %, mit überwiegend skeptischen „frames“) und Gentechnik-Gesetzentwurf (16 %). Besonders gering ist hier hingegen der Anteil der Themen Gesundheitliche Wirkungen und Wettbewerbsfähigkeit (mit jeweils überwiegend gentechnik-skeptischer Rahmung) sowie Welthunger.

Insgesamt gesehen liefert die „frame“-Analyse aber ein ausgeglichenes Bild zur Regulation der Gentechnik: 52,8% der in den „frames“ erfassten Äußerungen der Sprecher befürchten negative Folgen durch den Einsatz der Gentechnik, während 47,2% dem Einsatz der Gentechnik positiv gegenüber stehen.

Ob der einzelne Leser ein eher positives oder eher negatives Meinungsbild wahrnimmt, hängt davon ab, ob er eine Zeitung mit redaktioneller Linie rechts oder links der politischen Mitte liest. In allen untersuchten Zeitungen wird das Thema „grüne Gentechnik“ aber insgesamt als Kontroverse präsentiert. Diese Aussage gilt mit Einschränkungen bezüglich der Berichterstattung über die einzelnen thematischen Dimensionen des Themas. In der *Welt* und der FAZ sind die überdurchschnittlich stark angesprochenen Themen (Kennzeichnung, Gesundheit und Wettbewerbsfähigkeit bzw. Welthunger und Forschungsstandort) mit überdurchschnittlich hohen Anteilen „positiver“ Aussagen und auch insgesamt überwiegend positiv besetzt. In der Süddeutschen Zeitung und der *tageszeitung* sind die überdurchschnittlich stark vertretenen Themen entweder kontrovers (Gesundheit in der SZ, Gentechnik-Entwurf in der taz) oder deutlich „negativ“ besetzt (Wettbewerbsfähigkeit in der SZ, Koexistenz in der taz).

#### 4.7 Kollektive Symbole

Die „Gentomate“ und der „Gen-Mais“ finden als einziges kollektives Symbol in den Qualitätszeitungen größere Resonanz. Diese Resonanz wird noch dadurch verstärkt, dass beispielsweise in der Süddeutschen Zeitung wiederholt die „Warnschilder“ vor „Gen-Mais“ im Bild gezeigt werden. Daneben lassen sich noch der „Krieg auf den Dörfern“ und die „Innovations-Offensive“ mit zweistelligen Zahlen nachweisen, der „Gendetektiv“ und „Frankenfood“ mit einigen wenigen Fällen. Dieser Befund deutet darauf hin, dass es allein Greenpeace gelungen ist, ein resonanzfähiges Bild für seine Positionen zu schaffen. Insgesamt ist es offenbar ausgesprochen schwierig, das Thema anschaulich zu vermitteln und die Kontroverse ins Bild zu setzen.

#### 4.8 Aktivität/Passivität und Wertigkeit der Akteurgruppen

Die relative Häufigkeit der Nennung eines Akteurs als Opfer, Verursacher oder Helfer vermittelt ein Bild dieses Akteurs als eher aktiv oder passiv, sowie der Wertigkeit seiner Aktivität als eher positiv, negativ oder ambivalent. Tabelle 7 gibt einen Überblick über die Anteile der Akteurgruppen an den Nennungen in den drei Kategorien.

Akteur	Opfer	Verursacher	Helfer	Aktiv/passiv	Wertigkeit
Politik	16,4	62,5	55,1	aktiv	leicht negativ
Wirtschaft	8,7	16,4	11,1	aktiv	negativ
Landwirtschaft	34,2	7,8	11,3	passiv	positiv
Umwelt, Gesellschaft, Verbraucher bzw. deren Verbände	22,7	4,7	13,1	passiv	positiv
- Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände	0	4,7	5,6	aktiv	ambivalent
- Gesellschaft	7,7	1,3	1,4	passiv	-
- Verbraucher	15,0	1,2	7,5	passiv	positiv
Wissenschaft	2,7	2,5	4,7	aktiv	positiv
Natur	11,5	0	0	passiv	-
Sonstige	3,8	6,2	4,7	-	-

Tabelle 7: Aktivität und Wertigkeit: Anteile der Nennung als Problemverursacher, Opfer und Helfer nach Akteurgruppen

Die Befunde lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Vier Gruppen erscheinen überwiegend passiv: Landwirtschaft, Gesellschaft, Verbraucher und Natur.
- Besonders aktiv, aber mit leicht negativer Ladung erscheint die Politik.

- Die Wirtschaft erscheint aktiv, aber mit negativer Ladung.
- Die Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände erscheinen aktiv, aber mit ambivalenter Ladung.
- Die Wissenschaft erscheint als einzige Gruppe aktiv mit positiver Ladung, allerdings bei relativ geringen Anteilen an allen Aussagen.
- Fasst man die allgemeinen Kategorien Umwelt, Gesellschaft und Verbraucher sowie die einschlägigen Verbände als deren organisatorische Interessenvertretung zusammen, ergibt sich ein eher passives Bild mit positiver Ladung auf der aktiven Seite. Diese ergibt sich vor allem aus den Aussagen über die Verbraucher.

#### **4.9 Bezug zu den Ergebnissen der Verbraucher- und Expertenbefragungen**

Nach Selbstauskunft Verbraucher in den Fokusgruppen ist die mediale Berichterstattung über Lebensmittelskandale eine der Ursachen einer skeptischen Einstellung gegenüber industrialisierten Formen der Lebensmittelherstellung, die auf die Beurteilung gentechnisch veränderter Lebensmittel übertragen wird.

Die Analyse der „frames“ in der Berichterstattung der deutschen Qualitätszeitungen über die Regulation der „grünen Gentechnik“ zeigt zunächst, dass in der Dimension „Akzeptanz“ das Meinungsklima für die „grüne Gentechnik“ am ungünstigsten ist. Das positive Meinungsklima bei den Themen „Wahlfreiheit der Verbraucher“ und „Kennzeichnung“ wird dadurch aus Sicht der Produzenten von gentechnisch veränderten Erzeugnissen teilweise entwertet. Ähnlich in der Defensive erscheint die „grüne Gentechnik“ vor allem unter dem Gesichtspunkt der Koexistenz und der Wahlfreiheit der Produzenten (vgl. Tabelle 5).

Dies führt uns zu der folgenden These, die einen Zusammenhang zwischen beiden Befunden postuliert:

- Die mangelnde Akzeptanz der Verbraucher gegenüber der „grünen Gentechnik“ basiert in hohem Maß auf der Sorge, dass die „grüne Gentechnik“ die Alternativen zur industriellen Erzeugung von Lebensmitteln gefährdet.

In der Beurteilung der Frage, ob der Hauptgrund für ablehnende Haltungen die Wahrnehmung ökologischer Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen oder die Furcht vor gesundheitlichen Risiken durch gentechnisch veränderte Lebensmittel sind, divergierten die vorherrschenden Auffassungen unter den Projektbeteiligten einerseits und den Verbrauchern in den Fokusgruppen andererseits. In der medialen Berichterstattung nehmen die gesundheitlichen Wirkungen etwas breiteren Raum ein als die Umweltwirkungen. Während bezüglich der Umweltwirkungen negative Aussagen über die „grüne Gentechnik“ überwiegen, halten sich beim Thema gesundheitlicher Wirkungen positive und negative Aussagen die Waage. Die Wirkungen einer insgesamt ambivalenten Berichterstattung über die gesundheitlichen Wirkungen der „grünen Gentechnik“ auf den einzelnen Leser sind schwer vorherzusagen.



Das Thema der Umweltauswirkungen ist inhaltlich eng mit dem der Koexistenz verknüpft. In beiden Fällen geht es um die Frage der Eingrenzbarkeit und Rückholbarkeit gentechnisch veränderter Pflanzen. An dieser Stelle wird nun die Bedeutsamkeit der Verknüpfung von gesundheitlichen Vorbehalten und dem Unbehagen gegenüber industrialisierten Formen der Lebensmittelerzeugung sichtbar, die aus den Fokusgruppen ersichtlich wurde. Das Thema Gesundheit stellt sich für die Verbraucher in den Fokusgruppen nicht nur auf der Ebene des einzelnen Produkts, sondern auch auf der systemischen Ebene. Die Skepsis gegenüber der „grünen Gentechnik“ wird von den Verbrauchern zwar vorwiegend mit Argumenten aus der Dimension Gesundheit begründet. Über den Zusammenhang der Koexistenz-Problematik tragen aber auch negative Aussagen über die Umweltwirkungen der „grünen Gentechnik“ zu Akzeptanzproblemen in der Dimension Gesundheit bei.

## **5 Zusammenfassung und Einordnung**

Die Ungewissheit über die möglichen Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen hat in der EU unter dem Einfluss des Vorsorgeprinzips dazu geführt, dass die „grüne Gentechnik“ zum Gegenstand einer eigenen staatlichen Regulierung mit gehobenen Anforderungen an Forscher, Landwirte, Verarbeiter und Handel geworden ist.

Auf die Agenda der Gesetzgebung kommt die „grüne Gentechnik“ jedoch nicht bereits aufgrund ihrer technischen Besonderheiten, sondern dadurch, dass im öffentlichen Raum Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und einflussreiche Einzelpersonen Zusammenhänge zwischen der Nutzung dieser Technik und der möglichen Förderung oder Gefährdung gesellschaftlicher Güter herstellen.

Erst bei entsprechender Resonanz im politischen System kommt das Thema auf die Agenda der staatlichen Instanzen als Förderer und als Gesetzgeber. Der Staat muss dann als Förderer wie als Gesetzgeber den möglichen Nutzen gegen die möglichen Übel abwägen und seine Mittel so wählen, dass sie geeignet, erforderlich und angemessen sind (Führ 2000). Im demokratischen Rechtsstaat muss sich der Gesetzgeber dafür der Kritik im Medium der öffentlichen Diskussion stellen. Der Streit um die „grüne Gentechnik“ wird dabei auf verschiedenen Ebenen geführt: die grundsätzliche Wünschbarkeit dieser Technologie, die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für ihre Nutzung, das Image bei den potenziellen Käufern.

Zu den Ergebnissen der Regulierung der „grünen Gentechnik“ gehört das EU-weite *de facto*-Moratorium für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen von 1999 bis 2004. Im Jahr 2003 setzte die EU-Kommission eine Revision der Regulierung auf die Agenda. Dies führte zur Klage der Kommission gegen Deutschland und andere Mitgliedstaaten wegen der Nicht-Umsetzung der Freisetzungsrichtlinie und zur Verabschiedung der EU-Verordnungen

zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln sowie zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung.

Diese Ereignisse boten Anlass zur Berichterstattung über die Regulation der „grünen Gentechnik“. Diese wurde für den Zeitraum 1.5.2003 – 30.4.2004 und für die deutschen Qualitätszeitungen *Die Welt*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Rundschau* und *tageszeitung* untersucht. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Im Zeitverlauf nahm die Berichterstattung der überregionalen Qualitätszeitungen in der Bundesrepublik Deutschland die europäischen Gesetzgebungsinitiativen zwar auf, entzündete sich dann aber vor allem an der Umsetzung der EU-Richtlinien in nationales Recht.
2. Die Berichterstattung der Qualitätszeitungen bildet die Komplexität und Ambivalenz der Problematik ab. Die Zeitungen bieten den Lesern mehr als ein Dutzend thematischer Rahmungen für die Regulation der „grünen Gentechnik“ an, die jeweils mehr oder weniger kontrovers präsentiert werden. Die redaktionelle Linie der Zeitungen schlägt sich dabei in unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten sowie in einem Übergewicht positiver Rahmungen für die „grüne Gentechnik“ in Zeitungen rechts der Mitte (*Die Welt*, *FAZ*) und in einem Übergewicht negativer Rahmungen in Zeitungen links der Mitte (*SZ*, *FR*, *taz*) nieder.
3. Mit der „Gentomate“ und dem „Gen-Mais“ gelingt es allein Greenpeace, ein resonanzfähiges kollektives Symbol in der Diskussion zu verankern. Ansonsten ist es offenbar schwierig, das Thema anschaulich zu vermitteln und die Kontroverse ins Bild zu setzen.
4. Die starke Politisierung des Themas schlägt sich in einem relativ hohen Anteil von Akteuren aus Staat und Politik an allen berichteten Äußerungen zum Thema nieder. Die Einbindung der Gentechnik-Regulierung in den Rechtsrahmen der Europäischen Gemeinschaft und der Welthandelsordnung wird dabei durch einen hohen Anteil nicht-deutscher Sprecher aus der Politik widerspiegelt.
5. Gleiches gilt auf der Ebene der Handlungserwartungen. Als Problemlöser wird mehrheitlich die deutsche, europäische und internationale Politik genannt, weit vor Landwirtschaft und Wirtschaft, Verbrauchern/Gesellschaft, Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbänden sowie der Wissenschaft.
6. Die Regulierung der „grünen Gentechnik“ wird zugleich deutlich als gesellschaftliche Kontroverse präsentiert. Sechs gesellschaftliche Gruppen stellen dabei den Großteil der Beiträge, die nicht von politischen und von Medienakteuren stammen: Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, Wirtschaft und Wissenschaft. Innerhalb der Agrarwirtschaft ist dabei zwischen Akteuren, die die „grüne Gentechnik“ nutzen wollen und denen, die sich dadurch gefährdet sehen, zu unterscheiden. Nicht-deutsche

Akteure, die nicht politische Amtsinhaber sind, kommen in den deutschen Qualitätszeitungen zu dieser Thematik so gut wie gar nicht zu Wort.

7. Als Opfer der Probleme erscheint mit großem Abstand vor allem die Landwirtschaft, aber auch die Politik, die Verbraucher und die Natur, weit weniger Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft.
8. Die widersprüchlichen Anforderungen an den Gesetzgeber schlagen sich darin nieder, dass vor allem die Politik als Verursacher von Problemen erscheint, in geringerem Ausmaß Akteure aus Wirtschaft und Landwirtschaft, die die Gentechnik nutzen (wollen), und andere Wirtschafts- und Agrarakteure, außerdem Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände und die Wissenschaft.
9. Bezogen auf das Gesamtbild erscheinen Politik und Wirtschaft als die aktivsten Akteurgruppen, aber eher in der Rolle von Problemverursachern als der von Problemlösern. Die Wissenschaft erscheint als die einzige aktive Akteurgruppe, deren Anteil unter den Nennungen von Problemlösern deutlich größer ist als der Anteil an den Nennungen von Problemverursachern. Allerdings steht die Wissenschaft in der Häufigkeit der Nennungen von Problemlösern und Problemverursachern jeweils nur auf Platz sechs.

Insgesamt erscheint die Regulierung der „grünen Gentechnik“ in deutschen Qualitätszeitungen in den Jahren 2003 und 2004 als ein Thema, das erstens sehr unterschiedliche gesellschaftliche Werte berührt, zweitens durch widersprüchliche Aussagen zur Auswirkung der Gentechnik auf nahezu jeden dieser Werte charakterisiert ist, und das drittens vor allem die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure unter erheblichen Legitimationsdruck stellt. Die Konkretisierung der Grenzen und Bedingungen einer freien und innovativen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Betätigung wird in der Berichterstattung der deutschen Qualitätszeitungen in ein komplexes und ambivalentes Bedeutungsfeld von legitimen Ansprüchen und widersprüchlichen Sachaussagen gestellt.

## 6 Literatur

- Jäckel, M. (1999): Medienwirkung. Westdeutscher Verl. Opladen/Wiesbaden.
- Krumland, D. (2004): Beitrag der Medien zum politischen Erfolg. Forstwirtschaft und Naturschutz im Politikfeld Wald. Peter Lang. Frankfurt a.M.
- Kleinschmit, D./Feindt, P.-H. (2004) Verursacher, Opfer und Helfer. BSE und Agrarpolitik in deutschen Zeitungen. Neue Soziale Bewegungen, Heft 3, S.93-98.
- Gerhards, J./Neidhardt, F./Rucht, D. (1998): Zwischen Palaver und Diskurs. Westdt. Verl. Opladen/Wiesbaden.
- GM Science Review Panel (2004): GM Science Review. Second report. An open review of the science relevant to GM crops and food based on the interests and concerns of the public. Prepared by the GM Science Review Panel. <http://www.gmsciencedebate.org.uk> (abrufbar: Januar 2005)
- Herzog, D. et al. (1990): Abgeordnete und Bürger. Ergebnisse einer Befragung der Mitglieder des 11. Deutschen Bundestages und der Bevölkerung. Westdt. Verl. Opladen.

- Kepplinger, H.M. (1994): Publizistische Konflikte. Begriffe, Ansätze, Ergebnisse. In: Neidhardt, F. (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung. KSfSS, Sonderheft 34. Opladen. S. 214-233.
- Snow, D.A./Rochford, E.B.Jr./Worden, S.K./Benford, R.D. (1986): Frame Alignment Processes, Micromobilization and Movement Participation, in American Sociological Review, Vol. 51, S. 464-481.
- Wilke, J. (1996): Presse. In: Noelle-Neumann, E./Schulz, W./Wilke, J. (Hrsg.): Fischer Lexikon. Publizistik, Massenkommunikation. Fischer. Frankfurt a.M. S. 382-417.
- Wilke, J. (1998): Politikvermittlung durch Printmedien. In: Sarcinelli, U. (Hrsg.): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. S. 146-164.
- Wilson, J. (1973): Introduction to Social Movements, New York, Basic Books.
- Wittkämper, G.W. et al. (1992): Pressewirkungen und außenpolitische Entscheidungsprozesse. Methodologische Probleme der Analyse. In: Wittkämper, G. W. (Hrsg.): Medien und Politik. Wissenschaftl. Buchgesellschaft. Darmstadt. S. 150-168.

## 7 Anhang

Dimension	positiv	negativ
Koexistenz	Koexistenz ist möglich	Koexistenz ist grundsätzlich nicht möglich
Wahlfreiheit Produzenten	Zulassung Gentechnik (GT) erhöht die Wahlfreiheit der Produzenten	Zulassung GT verringert / gefährdet die Wahlfreiheit der Produzenten
Wahlfreiheit Verbraucher	Zulassung GT erhöht die Wahlfreiheit der Verbraucher	Zulassung GT verringert / gefährdet die Wahlfreiheit der Verbraucher
Kennzeichnung	Die neue Kennzeichnung reicht aus / ist nicht notwendig bzw. übertrieben	Die neue Kennzeichnung reicht nicht aus
Akzeptanz	Umgang und Vertrautheit mit gv Lebensmitteln wird Akzeptanz erhöhen	große Mehrheit der Verbraucher lehnen GT in Lebensmitteln ab (unveränderliches Faktum)
Wettbewerbsfähigkeit	Einsatz der GT erhöht die Wettbewerbsfähigkeit	Einsatz der GT gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit
Umwelt	Einsatz der GT hat positive Effekte / negative Effekte nicht nachgewiesen	Einsatz der GT hat negative Effekte / positive Effekte nicht nachgewiesen
Gesundheit	GT bietet gesundheitliche Vorteile / negative Effekte nicht nachgewiesen	GT birgt gesundheitliche Risiken / mögliche negative Effekte nicht ausgeschlossen / positive Effekte nicht nachgewiesen
GT-Moratorium	positiv	negativ
GT-Gesetzesentwurf	positiv	negativ
Patentrecht	notwendig / positiv	skeptisch / ablehnend
Forschung & Wissen	GT notwendig / positiv für Forschungsstandort Deutschland	GT nicht notwendig / negativ für den Forschungsstandort D
Freihandel	positiv	negativ
Welthunger	GT notwendig zur Bekämpfung des Welthungers	GT nicht notwendig zur Bekämpfung des Welthungers
soziales Modell der Landwirtschaft	GT gefährdet nicht die (traditionellen) sozialen Strukturen im ländlichen Raum	GT gefährdet die (traditionellen) sozialen Strukturen im ländlichen Raum

Tab. 8: Frames für die Medienanalyse im NAPUS-Projekt

12.05.03	Neuregelung der Zuständigkeiten für gentechnisch veränderte Organismen (GVO): Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) soll neue Zulassungsbehörde bei Freisetzungen und Inverkehrbringen von GVOs werden
02.07.03	Neue EU-Verordnungen zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln: Europäisches Parlament stimmt dem gemeinsamen Standpunkt von EU-Kommission und Ministerrat zu
15.07.03	EU-Kommission: Klage gegen Deutschland und andere Mitgliedsstaaten wegen Nicht-Umsetzung der EU-Freisetzungs-Richtlinie (Frist: 17.10.02)
22.07.03	EU-Agrarminister bestätigen die EU-Verordnungen zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln und zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO
23.07.03	EU-Kommission legt Leitlinien zur Koexistenz vor
27.08.03	Verbraucherschutzministerium legt ersten Entwurf für ein neues Gentechnik-Gesetz vor
16.09.03	EU-Verbraucher-Kommissar legt Entwurf der GVO-Saatgut-Richtlinie vor: Insbesondere Schwellenwerte zu erlaubten GVO-Anteilen (0,3% bei Raps-Saatgut, 0,5% bei Mais, Kartoffeln und Zuckerrüben sowie 0,7% bei Soja) umstritten
17.10.03	Veröffentlichung der Ergebnisse einer dreijährigen Anbaustudie mit herbizid-resistenten Raps, Zuckerrüben und Mais in Großbritannien
18.10.03	Veröffentlichung der EU-Verordnungen zu gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln (1829/2003) sowie zur Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von GVO (1830/2003) im EU-Amtsblatt. Diese müssen nicht in nationales Recht umgesetzt werden, sondern werden am 07.11.03 unmittelbar rechtskräftig. Bei der Kennzeichnung besteht eine Umsetzungsfrist bis April 2004.
10.11.03	EU-Mitgliedsstaaten haben Entscheidung über insekten-resistenten Mais (Bt11, Syngenta) vertagt (erste Zulassung nach de facto-Moratorium)
08.12.03	Keine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für Bt11-Mais im Ständigen Lebensmittelausschuss der EU (Deutschland enthält sich)
09.12.03	Beitrag des ARD-Magazins Report-Mainz: Tote Kühe durch insekten-resistenten Mais (Bt 176, Ciba-Geigy)
10.12.03	Bundeskanzleramt schaltet sich in den Streit um das Gentechnik-Gesetz ein: Seit Monaten blockieren sich die „grünen“ und die „roten“ Ministerien
12.01.04	Bundesregierung einigt sich auf ein neues Gentechnik-Gesetz
15.01.04	Beginn der Grünen Woche in Berlin
04.02.04	Verbände-Anhörung zum Entwurf zum neuen deutschen Gentechnik-Gesetz
11.02.04	Gentechnik-Gesetz vom Bundeskabinett beschlossen
19.02.04	Keine qualifizierte Mehrheit für herbizid-resistenten Mais (NK603, Monsanto) im zuständigen Regelungsausschuss
25.02.04	Bundessortenamt erlaubt beschränkter Anbau von insekten-resistentem Mais (MON810, Monsanto)
01.04.04	Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) ist zuständige Gentechnik-Bundesoberbehörde, Bundesamt für Naturschutz (BfN) und Biologische Bundesanstalt für Land- und Fortwirtschaft (BBA) sind Einvernehmensbehörden
02.04.04	Bundesrat lehnt Gentechnik-Gesetz ab
18.04.04	EU-weiten Vorschriften zur Kennzeichnung von GVO treten in Kraft
26.04.04	Keine Einigung im EU-Agrarministerrat über die Zulassung von Lebensmitteln aus insekten-resistentem Bt11-Mais (Deutschland enthielt sich)
27.04.04	Beginn des Erprobungsanbau mit insekten-resistentem Mais (MON810, Monsanto) in Sachsen-Anhalt
19.05.04	EU-Kommission beendet de facto-Moratorium: Zulassung von insekten-resistentem Zuckermais (Bt11, Syngenta)
21.05.04	Bt11-Mais wird nicht vermarktet (Erklärung von Syngenta)
27.05.04	Heftige Debatte im Bundestag über Entwurf für neues Gentechnik-Gesetz (gegensätzlichen Auffassungen von Koalition und Opposition)
18.06.04	Neues Gentechnikgesetz im Bundestag beschlossen. Durch Umformulierungen keine Zustimmung des Bundesrates notwendig

Quelle: Zusammenstellung aus transgen.de

Tab. 9: Chronologie der Ereignisse

<b>Sprecher</b>	<b>Häufigkeit (Anzahl der Sprechakte)</b>	<b>Prozent</b>
Aussagen eigener Journalisten	350	19,9
Umwelt- und Naturschutzverbände	155	8,8
Bundesregierung (Minister + Staatssekretäre)	131	7,5
Wissenschaft	79	4,5
EU-Kommission	76	4,3
USA	70	4,0
Andere Regierungen innerhalb der EU (nicht D)	69	3,9
Landwirtschaftliche Verbände (ohne DBV)	61	3,5
Landesregierung	57	3,3
sonstige kollektive Akteure (ohne Verbände)	53	3,0
Einzelpersonen (ohne Landwirte)	53	3,0
Verbraucherschutzverbände	49	2,8
Gentechnikindustrie	46	2,6
Sonstige Verbände	45	2,6
Verwaltung Bundesbehörden	44	2,5
EU-Parlament	37	2,1
Lebensmitteleinzelhandel und andere einzelne Wirtschaftsbetriebe	36	2,1
Deutscher Bauernverband (DBV)	31	1,8
Parteilpolitische Akteure des Bundes	30	1,7
Legislative auf Bundesebene	24	1,4
Einzelperson, ökologische Landwirtschaft	22	1,3
Einzelperson, Landwirtschaft (allgemein)	21	1,2
... weitere Akteure	217	12,4
<b>Summe insgesamt</b>	<b>1756</b>	<b>100,0</b>

Tab. 10: Häufigkeit der Sprecher nach einzelnen Akteuren

<b>Problemverursacher</b>	<b>Häufigkeit der Nennung</b>	<b>Prozent</b>
EU (ohne EU-Kommission)	90	15,0
Bundesregierung (Minister + Staatssekretäre)	73	12,1
Gentechnik-Industrie	55	9,1
USA (als politischer Akteur)	48	8,0
Landesregierung	43	7,1
Landwirtschaft mit Gentechnik	31	5,2
EU-Kommission	30	5,0
Umwelt- und Naturschutzverbände	27	4,5
Andere Regierungen innerhalb der EU (ohne D)	18	3,0
Politik allgemein	15	2,5
Wissenschaft	15	2,5
Sonstige kollektive Akteure (ohne Verbände)	15	2,5
Andere Wirtschaftsbetriebe (ohne Lebensmittel)	14	2,3
Lebensmittelindustrie	12	2,0
Verwaltung Bundesbehörden	11	1,8
Lebensmitteleinzelhandel	9	1,5
... weitere Akteure	96	15,9
<b>Summe</b>	<b>602</b>	<b>100,0</b>

Tab. 11: Häufigkeit der Nennung als Problemverursacher



<b>Problemopfer</b>	<b>Häufigkeit der Nennung</b>	<b>Prozent</b>
Landwirtschaft allgemein	61	16,7
Verbraucher	55	15,0
Natur	42	11,5
Gesellschaft	28	7,7
Landwirtschaft ökologisch	24	6,6
Entwicklungsländer	21	5,7
Gentechnikindustrie	13	3,6
Landwirtschaft mit Gentechnik	11	3,0
USA (als politischer Akteur)	10	2,7
Wissenschaft	10	2,7
Einzelperson, ökologische Landwirtschaft	9	2,5
Einzelperson, Landwirtschaft (allgemein)	8	2,2
EU, nicht näher differenziert	8	2,2
... weitere Akteure	66	18,0
Summe	366	100,0

Tab. 12: Häufigkeit der Nennung als Problemopfer

<b>Problemlöser/Helfer</b>	<b>Häufigkeit der Nennung</b>	<b>Prozent</b>
Bundesregierung (Minister + Staatssekretäre)	108	10,9
Landesregierung	61	6,2
Verbraucher	61	6,2
EU-Kommission	55	5,6
EU, nicht näher differenziert	53	5,4
Wissenschaft	47	4,7
Umwelt- und Naturschutzverbände	46	4,6
Gentechnik-Industrie	44	4,4
Landwirtschaft (allgemein)	42	4,2
Andere Regierungen in der EU (nicht D)	34	3,4
WTO	33	3,3
Lebensmitteleinzelhandel	26	2,6
USA (als politischer Akteur)	24	2,4
Verwaltung Bundesbehörden	22	2,2
EU-Parlament	21	2,1
Landwirtschaftsverbände (incl. ökologische Landwirtschaftsverbände und DBV)	21	2,1
Lebensmittelindustrie	21	2,1
Sonstige kollektive Akteure (ohne Verbände)	20	2,0
Legislative auf Bundesebene	18	1,8
Judikative	16	1,8
Politik (allgemein)	14	1,4
Andere Wirtschaftsbetriebe (ohne Lebensmittel)	14	1,4
Gesellschaft	14	1,4
Verwaltung EU-Behörden	13	1,3
Verwaltung Landes- und Kommunalbehörde	12	1,2
ökologische Landwirtschaft (allgemein)	12	1,2
... weitere Akteure	145	14,6
<b>Summe</b>	<b>990</b>	<b>100,0</b>

Tab. 13: Häufigkeit der genannten Problemlöser/Helfer

<b>„frame“</b>	<b>Häufigkeit der Nennung</b>
Koexistenz ist nicht möglich	130
Kennzeichnung reicht aus	125
Gentechnik-Moratorium negativ	100
Große Mehrheit der Verbraucher lehnt Gentechnik ab	94
Einsatz Gentechnik hat negative Effekte auf Umwelt	94
Gentechnikgesetz negativ	94
Koexistenz ist möglich	91
Gentechnikgesetz positiv	88
Gentechnik bietet gesundheitliche Vorteile	86
Gentechnik birgt gesundheitliche Risiken	84
Einsatz der Gentechnik verringert die Wettbewerbsfähigkeit	74
Wahlfreiheit Verbraucher erhöht	67
Wahlfreiheit Produzenten verringert/gefährdet	65
Einsatz Gentechnik hat positive Effekte auf Umwelt	61
Kennzeichnung reicht nicht aus	60
Gentechnik notwendig zur Bekämpfung des Welthungers	55
Gentechnik notwendig für Forschungsstandort D	53
Einsatz der Gentechnik erhöht die Wettbewerbsfähigkeit	53
Gentechnik-Moratorium positiv	49
Gentechnik nicht notwendig zur Bekämpfung des Welthungers	38
Wahlfreiheit Produzenten erhöht	34
Wahlfreiheit Verbraucher verringert/gefährdet	30
Umgang & Vertrautheit wird Akzeptanz erhöhen	27
Freihandel positiv	22
Gentechnik nicht notwendig für Forschungsstandort D	17
Patentrecht negativ	16
Gentechnik gefährdet soziale Strukturen	14
Patentrecht positiv	12
Freihandel negativ	12
Gentechnik gefährdet nicht soziale Strukturen	2

Tab. 14: Von den Sprechern verwendete „frames“